

Heide Gerstenberger

Fixierung und Entgrenzung Theoretische Annäherungen an die politische Form des Kapitalismus

In der Geschichte kapitalismuskritischer Theorieproduktion gibt es vier große Stränge der Auseinandersetzung mit dem Staat. Im Folgenden werden die jeweils zentralen Fragestellungen dieser Stränge erläutert und es wird gefragt, in wie weit sie uns in die Lage versetzen, die politische Form des Kapitalismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf den Begriff zu bringen.¹

1. Staat im ...?

Über eine lange historische Epoche dominierte in der kapitalismuskritischen Theorieproduktion ein Verständnis von Staat als Instrument der herrschenden Klassen. Dass er dies sei, sollte durch Beschreibungen der Staatstätigkeit belegt werden. Abgestellt wurde vor allem auf die Nutzung staatlicher Repressionsgewalt zum Zwecke der Disziplinierung von Ausgebeuteten.² So unterschiedlich sich die Ausführungen von Lenin (1917) oder von Miliband (1969) über den Staat im einzelnen auch lesen, theoretisch stimmen sie darin überein, dass sie eine generelle Form „Staat“ unterstellen, um sodann dessen besondere Ausprägung im Kapitalismus zu erklären.³ Damit unterscheiden sie sich zwar politisch, nicht aber theoretisch von Geschichten der Staatsgewalt wie sie etwa

1 Ich habe nicht versucht, einen Überblick über die jeweiligen Diskussionen zu geben.

2 Rückblickend können wir die theoretischen Mängel einer derartigen Konzeption konstatieren, im Erfahrungshorizont der frühen Arbeiterbewegung musste sie als eine den realen Verhältnissen angemessene Theorie erscheinen. Denn auch nach dem Ende des Ancien Régime trat „Staat“ Arbeitern und Arbeiterinnen Gesellen, Mägden und Knechten als „Staat der Bürger“ entgegen. Ungleiches Wahlrecht für Männer, völliger Ausschluss von Frauen aus dem „*body politic*“, Klassenjustiz, Kriminalisierung von Armen, Verbot von Gewerkschaften sowie Einsatz von Militär und Strafjustiz gegen Streikende, dies alles machte deutlich, wer das Sagen hatte und über die Machtmittel verfügte, bestehende Vorherrschaft abzusichern.

3 Insofern hat Ralph Miliband für sein Buch „*The State in Capitalist Society*“ (1964) einen theoretisch korrekten Titel gewählt. Miliband erklärt den instrumentellen Charakter des Staates aus der personellen Verflechtung zwischen Staatsapparat und sozial herrschenden Schichten. Über diese Konzeption entspann sich zwischen Miliband und Nicos Poulantzas in der Zeitschrift „*New Left Review*“ eine heftige Kontroverse nachdem Poulantzas in seinem Buch „*Politique et Classes Sociales*“ (1968) die Möglichkeit einer – je nach der Zusammensetzung des „*Blocks an der Macht*“ – relativen Autonomie des Staates vertreten hatte.

Tilly (1992) oder Reinhard (1999) vorgelegt haben. In ihnen finden sich viele kluge historische Darlegungen über die veränderte Bedeutung von Religion, die Entwicklung des Militärs, der staatlichen Fiskalverwaltung und anderes mehr, neuerdings auch über spezifische Merkmale des „europäischen Staates“, aber Staat, so sehr er sich im einzelnen verändert, bleibt immer „Staat im“: Staat im Mittelalter, Staat im Absolutismus, Staat im Kapitalismus, Staat in Europa und so fort. Von hier aus ergibt sich theoretisch keine Fragestellung, die es ermöglichen würde, die politische Form des Kapitalismus zu analysieren: den kapitalistischen Staat.

2. Kapitalistischer Staat als bürgerlicher Staat?

Eine solche Zielsetzung verfolgten dagegen alle, die sich an der - vor allem in Deutschland⁴ - in den 1970er Jahren geführten staatsrechtlichen Diskussion beteiligten. Weil versucht wurde, die allgemeine Form des Staates aus der allgemeinen Analyse des Kapitals, wie sie Karl Marx vorgelegt hat,⁵ abzuleiten, wurde und wird sie als Ableitungsdebatte bezeichnet. Den theoretischen Anstoß lieferten Konzeptionen, die darauf abzielten, die historisch spezifische Form von Staatsgewalt in der aktuellen Epoche des Kapitalismus zu bestimmen: die Theorie des Monopolkapitalismus und die Theorie des Spätkapitalismus.

Mit der Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus (Stamokap) wurde eine zeitgenössische Fortschreibung der dogmatisierten Revolutionstheorie des Leninismus-Stalinismus intendiert. Entwickelt wurde sie von Intellektuellen in der Sowjetunion und in der DDR sowie in europäischen kommunistischen Parteien, verbreitet war sie aber auch in der linken Sozialdemokratie und im kritischen Alltagsjargon. Die Möglichkeit einer sozialistischen Revolution in der aktuellen Phase galt als doppelt begründet: zum einen durch die unterstellte überhistorisch wirksame Dynamik einer Entwicklung von Produktivkräften, die schließlich notwendig in Widerspruch zu bestehenden Produktionsverhältnissen geraten müsse, zum anderen durch die Verschmelzung von Großkapital und Staat. Diese mache den Staat zum ideellen Gesamtkapitalisten des Monopolkapitals, erweitere aber gerade dadurch auch die oppositionellen Kräfte um die Fraktionen des nicht-monopolisierten Kapitals.⁶

Die theoretische Konzeption des „Spätkapitalismus“ wurde besonders prominent von Claus Offe - im Anschluss an eine entsprechende Argumentation

4 Obwohl diese Diskussion auch staatsrechtliche Arbeiten in anderen Ländern beeinflusste, (vgl. etwa Reuten/Williams 1989) war sie in der Bundesrepublik besonders breit gefächert und über Jahre hinweg besonders prägend für die kapitalismuskritische Theorieproduktion.

5 Wobei sich alle darin einig waren, dass Marx selbst keine Theorie des kapitalistischen Staates ausgearbeitet hat. Die konkreten Anknüpfungspunkte variierten. Manche bezogen sich eher auf die Frühschriften, andere vor allem auf „Das Kapital“.

6 Für eine ausführliche Darlegung und gründliche Kritik vgl. Wirth (1972).

bei Jürgen Habermas⁷ – vertreten. Während in den ausgehenden 1960er Jahren noch viele die neuen Möglichkeiten einer *planification* gesellschaftlicher Entwicklung durch den Staat begrüßten und sich Akademiker/innen dem Staat als Berater/innen für eine „Verwissenschaftlichung der Politik“ anboten,⁸ galt Claus Offe die zunehmende Notwendigkeit solcher Planung als Ausdruck einer fundamentalen Strukturkrise. Im Spätkapitalismus erfordere der kapitalistische Verwertungsprozess zunehmend politische Steuerung. Der Staat müsse jetzt nicht mehr nur ökonomische sowie außenpolitische und militärische Stabilität herstellen, sondern auch für die politische Loyalität der Massen sorgen. (1972: 77) Allerdings gefährde das Erfordernis einer Intervention des Staates in die Gesellschaft die gleichzeitige Erfüllung dieser widerstreitenden Steuerungsleistungen. Damit stehe die Legitimation des Staates und folglich die Legitimation der bestehenden Gesellschaft in Frage. Für Offe tritt die Krise der Gesellschaft nicht nur als politische Krise in Erscheinung, sie *ist* Krise der Legitimation, folglich politische Krise.

Wolfgang Müller und Christel Neusüß haben sowohl die Theorie des „Staatsmonopolitischen Kapitalismus“ als auch diejenige des Spätkapitalismus als neue Ausprägungen des Revisionismus interpretiert. Zwar sei die mögliche Wirkung von Politik zur Stabilisierung und zur Veränderung der Gesellschaft nicht zu bestreiten, eine materialistische Analyse verlange aber, dass die Grenzen solcher Reformen bestimmt würden. Auf eine derartige Analyse hätten Vertreterinnen revisionistischer Positionen aber seit jeher verzichtet. Eine „Konzentration auf Politik“, wie sie Offe durchgängig verlangte (z.B. 1975: 9)⁹, sei abzulehnen. Stattdessen müsse es darum gehen, die Form des Staates – und damit auch die strukturellen Grenzen von Staatstätigkeit – aus den Widersprüchen der Warenproduktion zu erklären. Im Zentrum der theoretischen Anstrengungen müsse die Antwort auf die Frage stehen, warum die politische Form des Kapitalismus die Besonderung des Staates von der Gesellschaft sei. Mit diesen Thesen haben Müller/Neusüß der nachfolgenden Debatte das Programm vorgegeben.¹⁰

Alle Beteiligten an dieser Debatte mühten sich, eine Antwort auf die erstmals von Paschukanis gestellte Frage zu finden, warum im Kapitalismus die Klas-

7 Schon 1962 hatte Jürgen Habermas dargelegt, die frühere Trennung von Staat und Gesellschaft sei durch die zunehmende Intervention in die gesellschaftliche Ordnung überwunden und der Staat selbst zum Träger dieser Ordnung avanciert (1962: 214 und 266).

8 Wolfrum (2006: 230) weist daraufhin, dass in der Bundesrepublik einer der Höhepunkte der Planungseuphorie in der Zeit der großen Koalition lag. Zur zeitgenössischen Literatur vgl. (ebd.: Fn. 108), Grottian/Murswieck. (1974), Grottian (1974).

9 Für eine aufschlussreiche Diskussion der Entwicklungen in der staats-theoretischen Argumentation von Claus Offe vgl. Ronge (1977: 206-212).

10 Holloway/Piccioletto übersetzten Auszüge aus den ihrer Ansicht nach wichtigsten Beiträgen dieser Debatte ins Englische und trugen damit viel zu deren internationaler Verbreitung bei. In ihrer Einleitung evaluierten sie diese Diskussion, womit sie einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer marxistischen Staatstheorie lieferten.

senherrschaft nicht von einem Apparat der herrschenden Klasse ausgeübt wird, sondern statt dessen die Form einer öffentlichen Herrschaft annimmt (1929: 119f.) Alle stimmten auch darin überein, dass es unzulänglich sei, das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft als ein politisches zu beschreiben, weil in der „Besonderung“ des Staates von der Gesellschaft ja gerade die sozialen Verhältnisse kapitalistischer Gesellschaften zum Ausdruck kämen. Im einzelnen wurden unterschiedliche Erklärungsansätze verfolgt und heftig gegeneinander verteidigt.

Für die einen erklärte sich die Notwendigkeit des besondern Staates aus der potentiell zerstörerischen Wirkung von Konkurrenz und einer unzureichenden Bereitstellung allgemeiner Produktionsbedingungen durch die auf Profitproduktion ausgerichteten Einzelkapitale (Altvater 1972; Läßle 1973). Auch sei es Aufgabe des Staates, eine Politik zur Überwindung kapitalistischer Krisen zu entwickeln. Eine derartige Politik aber bleibe begrenzt, weil staatlichem Krisenmanagement nur die „Oberflächenbewegungen“ der bürgerlichen Gesellschaft zugänglich seien (ebd., 29). Der grundlegende Widerspruch einer kapitalistischen Produktionsweise lasse sich nicht politisch „managen“.

Ein zweiter Ansatz suchte zu erklären, warum Lohnarbeiter/innen den Staat als Wähler des Gemeinwohls verstehen – ein Sachverhalt, der in den 1960er und frühen 1970er Jahren noch besonders auffällig war. Für Flatow/Huisken (1973) ergab sich diese Sicht auf den Staat aus dem Umstand, dass es im Kapitalismus zwar höchst unterschiedliche Quellen des Einkommens gibt, wobei die Interessen der unterschiedlichen Revenuequellenbesitzer miteinander konkurrieren, dass letztere aber auch ein gemeinsames Interesse hätten: die Sicherung ihrer Revenuequelle gegen Aneignungsweisen, die außerhalb des Tausches liegen (1973: 109). Dieses gemeinsame Interesse konstituiert Flatow/Huisken zufolge den bürgerlichen Staat.¹¹

Die im Rückblick markanteste Position ist durch Theoretiker formuliert worden, welche die Allgemeinheit des Rechts in den Mittelpunkt ihrer Argumentation stellten. Blanke/Jürgens/Kastendiek (1974) betonten, dass der staatliche Schutz aller Formen von Privateigentum eine Voraussetzung kapitalistischer Produktion und Reproduktion darstellt. Die Produktion von Waren erfordere die freie Verfügung über Produktionsmittel, einschließlich der Verfügung über

11 Flatow/Huisken kritisierten die gängige Praxis, Politik aus der jeweiligen Stärke von Klassen und Gruppen, der Verfügung über Macht- und Einflussmittel und folglich auf den Willen von Akteuren zurück zu führen, als unzulänglich (1973: 83). Statt dessen müsse „die Oberfläche“ der Gesellschaft verlassen und der kapitalistische Gesamtprozess in den Blick genommen werden. Die spezifische Staatstätigkeit resultiere aus den jeweiligen Erfordernissen des kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozesses, setze sich also „hinter dem Rücken“ der politisch agierenden Subjekte durch. Damit wird freilich unterstellt, dass der Staat nicht nur formal gegenüber der Gesellschaft besondert, sondern zugleich befähigt ist, die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise zumindest in Teilen aufzuheben. Ein Blick auf reale Politik muss enttäuschen: der reale Staat ist in aller Regel nicht auf der Höhe solcher Theorie.

den im Tausch für eine bestimmte Zeit angeeigneten Produktionsfaktor Arbeit, folglich den Schutz des Kapitaleigentums. Der Austausch von Waren erfordere Regulierungen, die alle Beteiligten, will sagen: alle Privateigentümer, betrifft. Beides gelinge durch die formale Neutralität des Staates gegenüber den höchst unterschiedlichen Formen von Privateigentum, anders gesagt: durch die Allgemeinheit des Rechts. Damit ist, anders als in den Ansätzen, die auf Funktionen abheben, eine Erklärung der spezifischen politischen Form des Kapitalismus – der Besonderung des Staates – vorgeschlagen worden. Diese Erklärung setzt allerdings historische Verhältnisse voraus, in denen die Neutralität des Staates gedacht werden kann. Auch wenn Blanke/Jürgens/Kastendiek jeden Bezug auf konkrete Verfassungen und Organisationsstrukturen ablehnten,¹² Parlamentarismus und allgemeines Wahlrecht ist bei ihnen undiskutiert vorausgesetzt. Die dem Kapitalismus adäquate politische Form ist hier „bürgerlicher Staat“, der Staat westlicher Industriegesellschaften.

Das gilt für die gesamte Ableitungsdebatte: Obwohl es in der Formanalyse darum gehen sollte, eine allgemeine theoretische Bestimmung des kapitalistischen Staates zu leisten, also gewissermaßen die allgemeinen Strukturbedingungen zu entschlüsseln, die sich hinter den konkreten historischen Entwicklungen von Staatlichkeit und von Politiken verbergen, lässt sich im Rückblick feststellen, dass die politische Form entwickelter kapitalistischer Gesellschaften des „Westens“ als strukturadäquat unterstellt worden ist. Implizit wurde damit zugleich jener historische Entwicklungspfad als strukturnotwendig unterstellt, dessen unterschiedliche Ausprägungen sich in Anlehnung an Wood (1999: Teil III.9) in dem analytischen Konzept der westlichen Modernisierung zusammenfassen lassen. Lange haben Theoretiker aller politischen und theoretischen *Couleur* unterstellt, es handle sich dabei um einen universalen Prozess, welcher spätestens mit der Durchsetzung des Kapitalismus in alle bisher nicht modernen und nicht kapitalistischen Gesellschaften eingepflanzt werde und entsprechende politische Formen hervorbringe.

Oberflächlich betrachtet lassen sich den Prozessen der Konstitution moderner Nationalstaaten vermeintliche Belege für eine derartige Sicht entnehmen. Denn nicht nur die kolonialen Staaten – seien sie nun direkte Gründungen privater Gesellschaften oder aber Ableger der Staatsgewalt von Kolonialmächten – waren Apparate zum Zwecke der privaten Aneignung, auch in jenen Herrschaftsformen, die bürgerlicher Staatlichkeit historisch voran gingen, diente die zentralisierte Gewalt privater Aneignung. Aber diese formale Übereinstimmung ökonomischer Strukturen verdeckt die Tatsache, dass es in der

12 Wie die Formierung des Staates im einzelnen erfolge, „wie sie in Struktur, Institution und Prozeß des Staates umgesetzt wird, ist durch die Formanalyse nicht zu beantworten“ (1974: 65). Sie selbst haben für derartige Analysen die Unterscheidung zwischen Systemgrenzen und Tätigkeitsgrenzen des Staates vorgeschlagen und abschließend ansatzweise verschiedene Phasen der Entwicklung des Staates auf der Basis der deutschen Geschichte skizziert.

Epoche des *Ancien Régime* in europäischen Territorialherrschaften zu einer weitreichenden Trennung von weltlicher und geistlicher Gewalt gekommen war, dass sich Städte zu Rechtssubjekten entwickelt hatten, Herrschaft erheblich kommerzialisiert worden war, und sich im Zuge der Auseinandersetzungen um den rechten Glauben Strukturen der Öffentlichkeit herausgebildet hatten. Zudem gab es religiös und gesellschaftlich begründete Ansätze der Individualisierung. Auf deren Basis entwickelte sich die Konzeption des Interesses, und damit entstanden, wie es Hirschman (1977) formuliert hat, „politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg“. In diesem historischen Zusammenhang konnte die Aneignung der staatlichen Souveränität durch „das Volk“ als Besonderung des Staates von der Gesellschaft durchgesetzt werden.

Dagegen ging die Aneignung nationaler Souveränität in sehr vielen zuvor kolonial beherrschten Gesellschaften nicht mit einer Besonderung des Staates von der Gesellschaft einher. Besonders deutlich ist diese Besonderheit von Chabal/Daloz (1999) für postkoloniale afrikanische Gesellschaften heraus gearbeitet worden. Der Staat, so betonen sie, ist hier nicht „öffentliche“, sondern „neo-patrimoniale Gewalt“. Die Gesellschaften sind nicht horizontal strukturiert, hier der Staat und da die Gesellschaft, hier die Politik und da der Markt. Vielmehr markiert die vertikale Strukturierung und markieren deshalb vertikale Verpflichtungs- und Versorgungsstrukturen die Gesamtheit der Gesellschaft. Sehr zu Recht wollen Chabal/Daloz darin nicht eine „Pathologie“ der Moderne sehen, sondern eine ihrer besonderen Ausprägungen (ebd.: 103). Mit dem provokanten Titel „Africa works“ betonen sie ebenso wie Kößler (1994: 94 und passim), dass es sich keineswegs um „Überbleibsel“ traditioneller Verhältnisse handelt, sondern um spezifisch moderne Entwicklungen. Nimmt man die allmählich wachsende Erkenntnis hinzu, dass auch die Staaten der Transformationsgesellschaften, die aus dem Zerfall der Sowjetunion hervorgingen, den Staaten westlicher Industriegesellschaften vielfach nur sehr bedingt entsprechen, so drängt sich die Einsicht auf, dass sich die staatstheoretische Debatte der 1970er Jahre lediglich auf „bürgerliche Staaten“¹³ bezog, auf eine spezifische Ausprägung der politischen Formen des Kapitalismus also.

Eine zweite historische Bornierung der Ableitungsdebatte war zeitgeschichtlicher Natur. Im Rückblick sind ihre zentralen Argumentationsmuster leicht als Kinder jener historischen Phase zu erkennen, in welcher das Abkommen von Bretton Woods noch in Geltung war. Denn als politische Form des Kapitalismus wurde nicht nur der souveräne nationale Staat unterstellt, sondern auch ein Staat, auf den sich – seiner nicht nur illusionären Steuerungs- und Versorgungsleistungen wegen – Reformforderungen und -hoffnungen richten konn-

13 Der Einfachheit halber behalte ich hier die damals gebräuchliche Terminologie bei, obwohl ich den Terminus „bürgerlicher Staat“ ansonsten inzwischen für jene historische Phase reserviere, in welcher Vorrechte von „Bürgern“ rechtlich abgesichert waren (Gerstenberger 2006: IV).

ten. Mitte der 1970er Jahre jedoch brachen der Weltmarkt und neoliberale Strategien in die nationale Politik ein. Seither wird der Staat auch „an der Oberfläche“ entwickelter Industriegesellschaften sehr viel weniger als Instanz des Allgemeininteresses wahrgenommen.

Zwei Jahrzehnte nach dem Ende der Ableitungsdebatte hat ihr Holloway eine Fortsetzung beschert (2002: 112 und passim). Während etwa Hirsch die Entstehung eines „neuen Typus des kapitalistischen Staates“ im Zuge der Globalisierung konstatiert (1998, 33)¹⁴ beharrt Holloway darauf, dass der kapitalistische Staat seinen Charakter in der Phase der Globalisierung nicht verändert habe (1993). Nach wie vor sei „Staat“ die verfestigte („fetischisierte“) Form gesellschaftlicher Verhältnisse. Diese Verhältnisse aber seien im Kapitalismus der Tendenz nach schon immer global gewesen, weshalb denn auch die Vorstellung von nationalen kapitalistischen Gesellschaften mit jeweils eigenen Staatsapparaten schon immer falsch gewesen sei (ebd.; 25). Seit Beginn des Kapitalismus seien Nationalstaaten nichts anderes als die fragmentierte Form der Weltgesellschaft (ebd.: 20). Holloway liefert illustrierende Hinweise auf die sowohl symbolischen als auch gewaltförmigen Elemente solcher Fragmentierung: Das Abspielen von Nationalhymnen, Fahneneide, die Diskriminierung von „Ausländern“, Passkontrollen, das Aufrechterhalten von Armeen, Krieg (2002: 116). Die Existenz des Staates bedeute, dass bestimmte Aspekte gesellschaftlicher Verhältnisse als „politisch“ definiert und damit vom „Ökonomischen“ getrennt werden. Auf diese Weise gerate die Gesamtstruktur aus dem Blick. Eine wirkliche Veränderung der Verhältnisse aber könne nie gelingen, wenn sie sich nur auf „das Politische“ richte (ebd.: 114). Die theoretische Kritik des Staates verlange die Kritik der Vorstellung von der Autonomie des Staates (ebd.: 111).

Viele werden diese Kritik an etatistischen Strategiekonzepten unterschreiben, wenige den prinzipiell globalen Charakter des Kapitalismus bestreiten. Doch verbaut diese überhistorische Strukturanalyse des Staates nicht nur die Frage nach der Relevanz konkreter Veränderungen, sie verbaut auch die Entwicklung eines Begriffs von Politik (so auch Hirsch 2003: 38; ähnlich Bensaïd 2005: 235).

Die Formanalyse des Staates ist theoretisch nützlich, wenn es darum geht, andere Ansätze zu kritisieren, sie erweist sich als theoretisch steril, wenn es darum gehen soll, einen Übergang zur Praxis zu finden. Denn die Begrenzung von „Gesellschaft“ auf die allgemeine Struktur kapitalistischer Klassenverhältnisse, die Holloway dazu zwingt, für die Epoche des Kapitalismus die durchgängige Existenz einer Weltgesellschaft zu konstatieren, ist für die Suche nach dem historischen Subjekt der Veränderung auf die kreative Anti-Macht der vielen einzelnen angewiesen, die (irgendwie) zum „Wir“ werden sollen. Von ihnen wird dann erhofft, dass sie den Kapitalismus durch „eine Million Bienen-

14 Altwater konstatiert eine Veränderung „des Charakters“ von Nationalstaaten (1998: 92).

stiche“ (Holloway, 2005: 271) zum Erliegen bringen. Historisch haben sich Gesellschaften aber zu historischen Subjekten gemacht, indem sie in Öffentlichkeiten über ihre Ziele stritten. Von solchen Öffentlichkeiten wurden früher regelmäßig Sklaven, Frauen, Arme und Dienstboten ausgeschlossen, in neuern Zeiten wurden weitere Ausschlusskriterien hinzugefügt. Und doch wurden in der Durchsetzung neuer Verhältnisse – einschließlich der Eroberung nationaler Souveränität – gemeinschaftliche Konzepte von Gesellschaft entwickelt, die mehr waren als die dann tatsächlich konstituierten realen Verhältnisse. Wird Gesellschaft theoretisch auf die Summe der „Kapitalverhältnisse“ reduziert, so ist es nur konsequent, wenn für den Übergang von der theoretischen in die praktische Kritik der Verhältnisse nur noch der „Schrei“ bleibt, nach Holloway ein Ausdruck des Zorns, der über sich selbst hinausragt: in eine offene Zukunft (ebd.:16). Trotz aller sonstigen Unterschiede zu der von Hardt/Negri (2000) vorgelegten Analyse¹⁵ kommt diese romantische Revolutionstheorie der Aufforderung gleich, sich jener mystischen *Multitude* zuzugesellen, von der sich Hardt/Negri erhoffen, dass sie das *Empire*, die Gesamtheit höchst unterschiedlicher Machtverhältnisse, erschüttern werde (Hirsch 2003: 40).

3. Vom „bürgerlichen Staat“ zur „Verdichtung“ gesellschaftlicher Verhältnisse?

Die Ableitungsdebatte bot keine Anleitung für die Analyse konkreter historischer Prozesse. Wann immer sich einzelne Autorinnen und Autoren an derartige Analysen wagten, erlagen sie deshalb auch zumeist der Versuchung, aktuelle Entwicklungen als Ausdruck von Verwertungsbedingungen zu interpretieren, die sich „hinter dem Rücken“ der Akteure durchsetzen. Dass derartige Ökonomismus konkrete Antworten schuldig bleibt, wurde spätestens Mitte der 1970er Jahre deutlich. Der damals einsetzende wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Umbruch machte die Suche nach einer theoretischen Konzeption dringlich, die dazu befähigt, konkrete Entwicklungen zu verstehen. Das begünstigte den Siegeszug jener analytischen Ansätze, die seit Ende der 1970er Jahre in Frankreich – insbesondere im Anschluss an Arbeiten von Nicos Poulantzas – entwickelt wurden. Ihr gemeinsamer Nenner war die Abkehr von der strukturalistischen Marx-Interpretation der sog. Althusser-Schule und die Entwicklung von „intermediären Konzepten“. Letztere sollen dazu dienen, historische Besonderheiten in der Entwicklung des Kapitalismus zu erfassen. Zunächst im nationalen, zunehmend aber auch im transnationalen Rahmen wurden und werden Kräftekonstellationen analysiert, wird gefragt, in wieweit sie sich verdichten, womöglich sogar zu einem „historischen Block“. Der große Vorteil dieser – alsbald als Regulationstheorie bezeichneten – Ansätze besteht in ihrer

15 Holloway vertritt die These, die von Hardt/Negri vorgelegte Theorie des Empire sei nichts anderes als eine andere Bezeichnung für Neoliberalismus (2002: 187).

Offenheit für die Wirkung gesellschaftlicher, politischer, einschließlich kultureller Auseinandersetzungen und damit in einer dezidierten Abkehr von ökonomischem Determinismus.

Was den Staat anlangt, so beschränkte sich die Regulationstheorie allerdings zunächst darauf, dessen ökonomische Funktionen zu benennen (vgl. etwa Lipietz 1992). Kritik provozierte Revisionen. Seither wird die Regulationstheorie vielfach als eine Großtheorie genutzt, mit deren Konzepten es möglich sein soll, alle einzelnen Prozesse, die unterschiedlichsten Formen von Herrschaft, die Analyse von Diskursen oder die Entwicklung neuer Institutionen in einen Gesamtzusammenhang zu bringen.¹⁶ Im raschen Siegeszug des Terminus „Fordismus“ haben die Verlockungen dieser Konzepte einen ersten markanten Ausdruck gefunden. Das fordistische „Regulationsregime“ soll beschreiben, in welcher Weise spezifische Formen der Arbeitsorganisation, der Akkumulation, der Staatstätigkeit sowie dominanter gesellschaftspolitischer Konzeptionen in der Phase des Kalten Krieges zusammenwirkten, um eine fortschreitende Durchkapitalisierung und Durchstaatlichung von Gesellschaften zu bewirken. Das ist, wenn auch der Zusammenhang zwischen den einzelnen Prozessen samt ihren Institutionalisierungen oft eher illustrierend konstatiert als tatsächlich nachgewiesen wird, ein Vorschlag zur Interpretation einer bestimmten historischen Phase der Entwicklung westlicher kapitalistischer Gesellschaften. Dabei wird die Regulationsweise weder als strukturnotwendige Wirkung von Verwertungsbedingungen, noch als eindeutiges Resultat politischer Steuerung verstanden. Gelegentlich – so insbesondere in den Arbeiten von Jessop (1982, 1992, 2002) – wird die Analyse des Staates auf eine Beschreibung von Institutionen reduziert, die gewissermaßen als Begrenzungen für Strategien von Akteuren fungieren, auch kann die Einheit des terminologisch errichteten Gebäudes dazu führen, dass auf die Analyse der Repressionsapparate des Staates gänzlich verzichtet wird (Jessop 2002: 3). In besonders gründlich reflektierten Versionen (vgl. etwa Hirsch 1994, 2005) wird jedoch der Anspruch erhoben, die Fragestellungen, die in der sogenannten Ableitungsdebatte entwickelt wurden, für die regulationstheoretische Analyse fruchtbar zu machen, anders gesagt, die Trennung von Ökonomie und Politik als Element kapitalistischer Vergesellschaftung zu verstehen, den Staat folglich als die politische Gemeinschaftlichkeit der kapitalistischen Gesellschaft (Hirsch 1994: 166f). Diese Anforderung liefert kein Forschungsdesign für konkrete Analyse, sie kann aber dagegen wappnen, sich in jener für regulationstheoretische Analysen typischen „perspective description“ (Holloway/Picciotto 1978: 7) zu verlieren, die mit illustrierenden Hinweisen auf die Korrespondenz von Staatstätigkeit und Akkumulationsregime arbeitet (z. B. Jessop 2002: 2 und passim).

16 Da auch in diesem Heft regulationstheoretisch inspirierte Analysen enthalten sind, beschränke ich mich auf einige wenige Anmerkungen.

In traditionellen marxistischen Krisentheorien stand die ökonomische Krise nicht nur im Mittelpunkt, sie war gewissermaßen ihr ausschließlicher Inhalt, gesellschaftliche und politische Krisen wurden als „Auswirkungen“ gesehen. Von Regulationstheoretikern (vgl. z.B. Hirsch 1994: 210) wird die Einheit von ökonomischer, politischer und ideologischer Krise behauptet und bestritten, dass es eine a priori privilegierte Ebene der Krisenentstehung gibt (zu andersartigen Anfängen vgl. Hurtienne 1988). So weit so gut. Doch während die meisten von uns politischen und ideologischen Krisen vergleichsweise leicht auf die Spur kommen, ist das mit den ökonomischen Krisen weit weniger einfach. Zunächst hatte sich die Regulationstheorie vorwiegend mit dem Zusammenhang von Akkumulationsregime und Regulationsformen beschäftigt und damals auch – unterschiedliche – Erklärungen für Krisen des Akkumulationsregimes angeboten (vgl. dazu Hübner 1990). Seit die Staatsanalyse in den regulationstheoretischen Ansatz integriert und damit zugleich ein „Primat der Politik bei der Analyse gesellschaftlicher Prozesse“ konstatiert wird (Hirsch 2005: 57), sucht man präzise ökonomische Analysen aber eher vergeblich. Damit wird die von Müller/Neusüß am Anfang der Ableitungsdebatte gestellte Frage nach den Grenzen von Reformen in Bezug auf jeweils neue Hegemonieprojekte aber nicht nur nicht beantwortet, sondern erneut nicht einmal gestellt. Auch liefert die Annahme einer allgemeinen Korrespondenz zwischen historisch spezifischem Akkumulationsregime, der jeweils dominanten Regulationsweise und institutionellen Formen keine ausreichenden Kriterien für die Beurteilung der Relevanz bestimmter Entwicklungen. Analyse verlangt Erklärungen für das Zustandekommen konkreter Korrespondenzen. Wenn sich Strategien transnationaler Unternehmen auf transnationale Institutionen richten und wir in und um dieselben zunehmende „Verdichtungen“ beobachten können, so ist deren jeweilige Bedeutung für die Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse noch keineswegs erwiesen. Konkret und banal formuliert: wir können uns einen Kapitalismus ohne WTO und IWF vorstellen, nicht aber, ohne Staatsmacht.¹⁷ Falls Regulationstheoretiker/innen die These vertreten wollen, dass auch letzteres möglich sei, es zwischen den „Verdichtungen“ also keine systematisch zu klärenden Unterschiede gibt, so wäre es an der Zeit, diese These auszuführen. Geschieht dies nicht, besteht die Gefahr, dass die theoretische Basis zwar hinreicht, um Globalisierung, nicht aber um Kapitalismus zu kritisieren (so auch Wood 2003: 137-142).

17 Dieser Vorbehalt bezieht sich auch auf die Anwendung eines „Marxist concept of relative autonomy“ auf die Entwicklung der Institutionen IWF und Weltbank durch Paul Cammak (2003), die nahe legt, dass es sinnvoll sei, sich auf einige Aspekte der theoretischen Analyse kapitalistischer Staatsmacht zu konzentrieren und diese dann vergleichsweise umstandslos auf die Analyse globaler Regulierungen des Kapitalismus anzuwenden. Aller hegemonialen Ideologie des Verfolgs von allgemeinen Interessen zum Trotz: die WTO ist nicht die fetischisierte Form der gesellschaftlichen Verhältnisse.

4. Kapitalismus und kapitalistische Staaten

Die historische Konstitution kapitalistischer Geopolitik

Weder in der Ableitungsdebatte noch in den heftigen wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen über „bürgerliche Revolutionen“, die in den 1960er und 1970er Jahren in England und Frankreich brodelten, stand die Geopolitik des Kapitalismus systematisch zur Debatte. In dominanten marxistischen Interpretationen wurde unterstellt, aus der Entwicklung des Kapitalismus sei die Möglichkeit (oder auch Notwendigkeit) einer Revolutionierung der Herrschaftsverhältnisse in umgrenzten Territorien erwachsen. Trotz der Hinweise auf internationalen Handel und koloniale Eroberungen wurde also unterstellt, Staat und Gesellschaft befänden sich auf demselben Territorium (kritisch: Holloway 2002: 115). Da die Frage nach dem historischen Konstitutionszusammenhang als prinzipiell geklärt galt, konnte sie auf die Frage nach den Charakteristika der jeweiligen Sonderwege reduziert werden. Während Analysen im Anschluss an die von Max Weber entwickelten Theoriekonzepte für Kapitalismus und Staatsapparate unterschiedliche organisatorische *cluster* und folglich Dynamiken unterstellen, und die Herausbildung von Nationalstaaten durch eine Mischung von „Krieg und Diplomatie“ erklären (vgl. Giddens 1985: 141, 264), wurde in kapitalismuskritischen Diskussionen über die Transformation vom Feudalismus zum Kapitalismus internationalen Entwicklungen keine systematische Bedeutung zugeschrieben. Während viele diese Tradition fortsetzten, bis die verstärkte Internationalisierung des Kapitalismus neue Fragestellungen unabweisbar machte, hat Wallerstein bereits 1974 einen Vorschlag für eine systematische Analyse des „Modern World-System“ vorgelegt.¹⁸ Ihm galt die Ausweitung des kommerziellen Systems seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts nicht nur als Anfang des Kapitalismus, sondern auch als Ursache des modernen europäischen Staates. Im Zuge der von Europa ausgehenden Expansion sei „der Staat“ an die Stelle der historisch vorgängigen Herrschaft von Prinzen getreten. Zu dieser Veränderung sei es gekommen, weil die „Konzentration von Kapital in den Zentren sowohl die finanzielle Basis als auch die politische Motivation [schuf], starke Staatsapparate zu gründen, die

18 Vor Wallerstein hatte Karl Polanyi in seiner 1944 erstmals veröffentlichten Arbeit über die Durchsetzung der Marktgesellschaft die These vertreten, der zentralisierte Staat sei durch die internationale kommerzielle Revolution hervorgerufen worden (1944: 99). Sie habe den Schwerpunkt der westlichen Welt vom Mittelmeer zur Atlantikküste verschoben und dadurch die rückständigen Völker der größeren Agrarländer zur Organisierung ihres Handelswesens „gezwungen“. Die Etablierung der souveränen Macht sei ein Gebot der Stunde gewesen. Diese These basierte auf der – von Historiker/innen inzwischen gründlich kritisierten – Annahme eines beträchtlichen Steuerungspotentials frühmoderner Staaten, vor allem aber ließ sie außer Betracht, dass das Konzept der Souveränität nicht etwa aus kommerziellen Zusammenhängen erwuchs. Bei Polanyi stand aber nicht diese These, sondern die – im nationalen Rahmen durchgesetzte – Herauslösung des Marktes aus der Gesellschaft im Zentrum der Argumentation.

unter vielen anderen die Fähigkeit hatten, sicherzustellen, daß die Staatsapparate peripherer Zonen relativ schwächer wurden und blieben“ (1974: 27). Der „moderne Staat“ betritt die historische Bühne hier also gewissermaßen als ideeller Gesamtkapitalist des Kaufmannskapitals. Damit unterschlägt Wallerstein sowohl die Konstitutionsbedingungen für die Praxis von Herrschaft in vorbürgerlichen Territorialstaaten als auch die konkreten Bedingungen für Aneignungsstrategien von Kaufleuten.¹⁹ Letztere erforderten nicht in erster Linie Expansion, sondern eine Verteidigung privilegierter Aneignungschancen gegen alle potentiellen Neuzugänge.²⁰

Wallerstein zufolge bewirkte die staatlich vorangetriebene Ausweitung des internationalen Handelssystems eine hierarchisch strukturierte internationale Arbeitsteilung. Anfänglich hätten in diesem kapitalistischen Weltsystem noch unterschiedliche Produktionsverhältnisse existiert. Dessen innere Dynamik habe aber schließlich zur Dominanz von Lohnarbeitsverhältnissen und zu Massenproduktion geführt. Anders gesagt: ab einer gewissen kritischen Masse ist Wallerstein zufolge das kommerzielle System in ein kapitalistisches Weltsystem umgeschlagen. An der Struktur des „ungleichen Tauschs“ zwischen dem Zentrum, der Semiperipherie und der Peripherie habe sich seither ebenso wenig geändert wie an der Funktion von Staaten des Zentrums (und der Semiperipherie), diese Verhältnisse abzusichern. Sowohl der Kapitalismusbegriff Wallersteins als auch seine historischen Ausführungen sind inzwischen vielfach kritisiert worden (insbesondere durch Brenner 1983). Sein Verdienst bleibt es jedoch, die Geopolitik der historischen Transformationsprozesse zur Diskussion gestellt zu haben.

Seither hat diese Diskussion durch eine Arbeit von Justin Rosenberg (1994) neuen Auftrieb erhalten. Sie war gegen die Annahme einer überhistorisch gleichbleibenden politischen Dynamik der Konkurrenz zwischen Staaten gerichtet, wie sie von Vertreter/innen der sogenannten realistischen Theorie internationaler Beziehungen unterstellt wird. Zwar sei das Staatensystem nicht durch den Kapitalismus geschaffen worden, doch habe sich die Dynamik der welthistorischen Entwicklung seither grundlegend verändert. Denn durch die für kapitalistische Gesellschaften strukturprägende Trennung von öffentlicher und privater Sphäre sei die Dynamik historischer Entwicklungen in die Sphäre der privaten Kapitalbeziehungen verlagert worden. Souveräne Einzelstaaten seien jetzt systematische Elemente des kapitalistischen Empire (ebd. 172).

19 Zum Unterschied zwischen (vorkapitalistischem) Kaufmannskapital und kapitalistischem Handelskapital nach wie vor unübertroffen Marx im „Kapital“ (MEW 25: 335-349).

20 Noch in der ersten Hälfte des 17. Jh. war selbst in England die „Logik“ der ökonomischen Existenz privilegierter Kaufleute in erster Linie auf Bestandssicherung gerichtet (Brenner 1972; sowie 1987; Andrews 1984, Einleitung). Auch läßt sich aus der Tatsache, dass Fürsten im 17. Jahrhundert bestrebt waren, Steuern und Kredite von Stadtbürgern zu erlangen, nicht auf eine prinzipielle Übereinstimmung von dynastischen und kommerziellen Interessen schließen.

Benno Teschke hat diesen kritischen Ansatz nicht nur weiter ausgeführt, sondern – anders als Rosenberg – auch eine Erklärung für die Transformationsprozesse vorgelegt (2003, 2005, 2006b). Während in einer auf agrarischer Produktion basierenden Wirtschaft die Erweiterung der Akkumulation territoriale Ausdehnung erforderte, folglich Krieg zum zentralen Mittel der Akkumulation gemacht habe, sei diese ökonomische Strukturnotwendigkeit bewaffneter Konkurrenz mit der Durchsetzung des Kapitalismus überwunden worden. Letztere sei zuerst in England möglich geworden, weil sich hier nicht jene Form politischer Aneignung durchgesetzt habe, die für den Absolutismus auf dem Festland kennzeichnend gewesen sei. In diesen Aneignungsformen sei keine autonome Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse möglich gewesen. Dagegen sei Kapitalismus in England aus einer inneren Dynamik heraus entstanden. Deshalb sei hier auch die Transformation dynastischer Staatsgewalt in moderne abstrakte Souveränität ohne externe Einwirkung möglich geworden (Teschke, 2005).²¹ Alle anderen Transformationsprozesse seien bereits Reaktionen auf die internationale Vormachtstellung Englands gewesen. Diese Vormachtstellung sei zunächst noch militärisch und diplomatisch, dann aber vor allem mittels Freihandel durchgesetzt und verteidigt worden. Damit habe sich die nicht-territoriale Logik der internationalen Aneignung von Mehrwert durchgesetzt (2003: 263). Teschkes Erklärung hat einen doppelten Vorzug: sie setzt die Logik dynastischen Machtstrebens nicht vorschnell mit der Logik des Kaufmannskapitals in eins und sie betont den grundsätzlich internationalen Charakter des Kapitalismus. Doch bleibt die Erklärung der politischen Form bürgerlicher Staaten ausgeklammert. Sie lässt sich eben nicht nur ganz allgemein aus Klassenverhältnissen als Machtkonstellationen erklären, sondern nur aus vorgängigen Prozessen der Rationalisierung, Säkularisierung, Individualisierung und aller weiteren spezifischen Veränderungen personaler Herrschaft, die sich in den europäischen Territorialherrschaften in der Epoche des *Ancien Régime* vollzogen hatten und die damit zu historischen Voraussetzungen für die Konstitution bürgerlicher kapitalistischer Staaten wurden.

Die historische Dynamik kapitalistischer Geopolitik

In klassischen marxistischen Imperialismustheorien dominierte ein Verständnis des Kapitalismus als einer „inter-nationalen“ Wirtschaftsform.²² Durchgängig

21 Ähnlich argumentiert Wood (1999: 174ff). Für die These von der fehlenden autonomen Dynamik kontinentaler Gesellschaften zum Kapitalismus spricht die lange Fortdauer kleinbäuerlicher Produktion in Frankreich, auch konnte eine private Nutznießung an den Ergebnissen des Steuerstaates lange beibehalten werden, aber die Revolution von 1789 hat auch in Frankreich moderne abstrakte Souveränität konstituiert und damit die politische Form des Kapitalismus vor seiner endgültigen Durchsetzung.

22 Das gilt auch noch für die sog. *dependencia* -Theorien der 1960er und 1970er Jahre. In diesen Theorien wurde die Ausbeutung abhängiger Gesellschaften durch kapitalistische Zentren

wurden nationale Produktion und nationale Zirkulation von internationaler Zirkulation unterschieden (kritisch: v. Braunmühl 1974: 30). Dabei wurde letztere als zunehmend erforderlich für die Reproduktion des Kapitalismus verstanden. Aus dieser Dynamik wurde auf eine Verschärfung der Konkurrenz unter nationalen Kapitalen mit der möglichen Folge von Krieg geschlossen. Vor diesem Hintergrund wurde auch Kolonialpolitik interpretiert. Auf der Basis eingehender historischer Untersuchungen sind diese Interpretationen inzwischen kritisiert und die Ansichten jener zeitgenössischen Kritiker bestätigt worden, die bereits zur Hochzeit formeller Kolonialpolitik auf deren volkswirtschaftliche Kosten verwiesen hatten. Unter Historikern, die sich mit dieser Periode befassen, besteht heute weitgehende Einigkeit darüber, dass das Leid und der langfristige politische sowie ökonomische Schaden, den formelle Kolonialherrschaft für die unterworfenen Menschen mit sich brachte, nicht gleichzeitig bedeutete, dass sie den „nationalen Kapitalen“ von Industriegesellschaften förderlich war. Individuellen Kapitaleignern eröffneten sich neue Chancen des Profits, individuellen Staatsbeamten, einschließlich der Militärs, eröffneten sich neue Chancen der Karriere, Siedlern eröffneten sich Chancen auf Wohlstand, aber „nationale Kapitale“ fanden kaum neue Absatzgebiete. Paul Bairoch, dem wir die genauesten Schätzungen für die Entwicklung des Weltmarkts verdanken, gibt an, dass in der Phase von 1800 bis 1938 lediglich zwischen 0,6% und 0,9% der industriellen Produktion der Industriegesellschaften in die Kolonien exportiert wurden (Bairoch 1971: 221f.). Tatsächlich ist die begrenzte Bedeutung der Kolonien als Absatzmärkte für Industriegesellschaften noch sehr viel deutlicher als es diese Durchschnittswerte vermuten lassen, denn diese enthalten auch die untypisch hohen Ausfuhren Großbritanniens in die eigenen Kolonien.²³ Pierre-Noël Giraud (1996, 135) hat die

als eine Notwendigkeit für die Kapitalakkumulation unterstellt, weshalb das System des „ungleichen Tauschs“ durch die Zentren politisch stabilisiert werde und dazu geführt habe, dass das historische etablierte System einer Ausbeutung der Peripherie durch die Zentren nahezu unverändert fortbestehe. Chancen für eine nachholende Entwicklung seien folglich nicht durch die Integration in den Weltmarkt, sondern nur durch eine weitgehende Abkoppelung vom System des ungleichen Tauschs zu eröffnen. Politisch waren und sind dies Konzeptionen von immenser Bedeutung, theoretisch aber haben sie die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung auf den Konflikt zwischen entwickelten und unterentwickelten Staaten reduziert. Das Kapitalverhältnis wurde ebenso wenig thematisiert wie die Konkurrenz zwischen den Kapitalen in entwickelten Industriegesellschaften. Historisch wurde die These der – auch von Wallerstein unterstellten – konstanten Verhältnisse zwischen kapitalistischen Zentren und peripheren Staaten durch den Aufstieg der sog. Tiger-Staaten erschüttert. Auch der relative Niedergang eines früheren kapitalistischen Zentrums wie Großbritannien passte nicht ins Bild. Für eine frühe Diskussion der Problematik vgl. Hein/Stenzel/Junne (1973); Junne/Nour (1974); für einen kritischen Überblick Hurtienne (1974).

23 In der Phase von 1800 bis 1938 wurden 40% der britischen industriellen Produktion und sogar bis zu 60% der Textilproduktion in die „Dritte Welt“ exportiert (ebd.: 222). Dennoch ist inzwischen selbst für die britische Kolonialherrschaft von einer „ample evidence of its net disadvantages to the British economy as a whole“ die Rede. Wood (2006: 14).

neuere historische Forschung zur ökonomischen Bedeutung der Kolonialpolitik in der These zusammengefasst, dass ihre wichtigste Bedeutung darin bestanden habe, die Ansätze einer kapitalistischen Entwicklung, die es dort zuvor gegeben habe, zu unterbinden. Diese – hier nur angedeuteten – Ergebnisse machen deutlich, welcher immense Aufwand an empirischer Forschung notwendig sein kann, wenn es darum gehen soll, die realen Wirkungen praktizierter Akkumulationsstrategien zu ermitteln.

Anders als in klassischen Imperialismustheorien wird der Einsatz staatlicher Gewaltmittel zur geographischen Erweiterung des Verwertungsraumes heute zumeist auch rückwirkend nicht mehr als strukturnotwendig betrachtet. Besonders deutlich ist diese Position zu wiederholten Malen von Ellen Meiksins Wood formuliert worden. Ihr gelten derartige Strategien als Ausdruck vor-kapitalistischer Verhältnisse. Sie seien durch jene neuartige Form von Imperialismus abgelöst worden, die der Kapitalismus hervorgebracht habe: den „ökonomischen Imperialismus“ (2006: 17 und passim). Es handle sich um ein „Empire of Capital“ (so der Titel von Wood 2003). Daraus folgt für Wood allerdings nicht, dass kapitalistische Akkumulation je unabhängig von Staatsgewalt möglich war oder – wie Hardt/Negri fälschlich meinen (2000: 307 und passim) – heute möglich geworden sei. „The state lies at the very heart of the new global order“ (Wood 2003: 139). Der Schutz des Privateigentums, die alltägliche Stabilität des Systems, die Disziplinierung von Arbeitskräften, all dies seien durchgängige Voraussetzungen kapitalistischer Akkumulation. Die politische Erweiterung territorialer Herrschaft aber zähle nicht zu diesen Voraussetzungen (so auch Teschke 2003: 263).

Die Geopolitik des Kapitalismus in der Epoche der Globalisierung

Seit dem Ende der Blockkonfrontation dominieren die USA im global erweiterten Kapitalismus ökonomisch, politisch und militärisch.²⁴ Das hat Interpretationen veranlasst, die eine allgemeine Natur von Imperien mit jeweils besonderen historischen Ausprägungen unterstellen (z. B. Münkler 2005). Wood (2002, 2006) und Teschke (2006) haben derartige Ansätze besonders deutlich kritisiert. Sie seien jenem traditionellen Konzept von *international relations* verhaftet, das nur auf Beziehungen zwischen Staaten abstellt. Damit könne der grundlegende historische Strukturwandel, den die Durchsetzung des Kapitalismus bedeutet habe, gar nicht in den Blick kommen. Denn – anders als in allen vorhergehenden historischen Epochen – sei harte Geopolitik seither nicht länger eine strukturelle Voraussetzung für Akkumulationsstrategien.

Nun hat es im Kapitalismus nicht nur früher Kriege gegeben, es gibt sie auch heute noch. Wenn also nicht doch einer Konzeption der Autonomie des Politi-

24 Inzwischen wird allerdings auch diskutiert, ob sich die Europäische Union zu einer neuen Supermacht entwickelt (vgl. Bieling 2005).

schen durch die Hintertür Eintritt gewährt werden soll, so muss dieser Sachverhalt erklärt werden. Wood bietet eine derartige Erklärung an.

Die Anforderung an Politik bestehe darin, eine internationale Ordnung zu schaffen, die „congenial“ für die Bewegungen des Kapitals im Weltmaßstab ist (Wood 2006: 26). Es geht also um eine „Ordnung“, die es Kapitalen überall auf der Welt erleichtert, immer mehr Sphären des Lebens den Gesetzen des Marktes zu unterwerfen (ebd.: 21). Wood zufolge ist die Durchsetzung und Wahrung einer solchen Ordnung vor allem ein „militärisches Projekt“. Allerdings gehe es beim heutigen Einsatz von Militär nicht um konkrete Kriegsziele, angestrebt werde vielmehr die Demonstration der Dominanz. Ziel sei es, „to oversee the whole global system and to assert a general predominance“ (ebd.: 27). Politisch wirke sich das aber so aus, dass in erster Linie eine spezifisch militärische Logik zum Tragen komme. Am Beispiel des Irak-Kriegs erläutert sie diese These. Ihrer Ansicht nach haben die ölproduzierenden Länder des Nahen Ostens keinerlei Interesse, irgend jemand den Zugang zu ihrer Ware zu verweigern, der bereit ist, den geforderten Preis zu zahlen (ebd.: 27). Militär werde eben nicht eingesetzt, um den Zugriff auf Ölvorräte zu sichern, sondern um generelle Vorherrschaft zu etablieren, gewissermaßen eine Oberaufsicht über das globale System.

Die Militarisierung von Politik lässt sich aber auch anhand offizieller Verlautbarungen der Regierungen der USA verfolgen. In dem „Bottom Up Review“, den der Verteidigungsminister Les Aspen 1993 dem Kongress vorlegte, wurde als Zielsetzung der Verteidigungspolitik nach dem Kalten Krieg jedenfalls sehr deutlich eine militärische Unterstützung der politischen und ökonomischen Macht der USA und – ganz konkret – die Sorge für „healthy free trade“ formuliert (www.fas.org/man/docs/index.html). In der 1997 veröffentlichten Sicherheitsstrategie „für ein neues Jahrhundert“ (www.fas.org/man/docs/strategy97.htm) wurden den „shape“ und „prepare“ Funktionen des Militärs weitere Bedeutung eingeräumt und die Orientierung an potentiellen Bedrohungen verstärkt. „Unser vordringliches ökonomisches Ziel bleibt die Stärkung der Amerikanischen Wirtschaft“ heißt es in diesem Dokument zur Militärstrategie. Indem diese Strategien von den Mitgliedsstaaten der NATO akzeptiert wurden, haben sie diese Verteidigungsorganisation aus der Zeit des Kalten Krieges in eine Organisation zum militärischen Management aktueller und potentieller Krisen verwandelt. Militärmacht soll jetzt auch zur „Verteidigung“ gegen die mögliche (!) Gefährdung ökonomischer, politischer und ökologischer Interessen der Mitgliedsstaaten eingesetzt werden.²⁵ Eine derart militärische Herstellung von „Rahmenbedingungen“ des Marktgeschehens²⁶ bedeutet keinen Rückfall in Strategien der territorialen Expansion formaler Herrschaft, ver-

25 The Alliance's Strategic Concept, am 23./24. April 1999 vom North Atlantic Council beschlossen (www.nato.int/docu/pr/1999/p99-065e.htm).

26 Der Nachweis, dass es sich dabei nicht nur um Verlautbarungen, sondern um eine reale Strategie handelt, ist in den letzten Jahren umfangreich erbracht worden.

langt meines Erachtens aber dennoch eine neuerliche Diskussion über die These des „Empire of Capital“, wie sie von Rosenberg, Teschke und Wood vertreten wird. Entweder die deutliche Militarisierung von Politik ist eine Verarbeitung von Schwierigkeiten der Kapitalreproduktion oder aber eine lediglich politisch verfolgte Strategie. Im ersten Fall ist die durchgängig gleichartige Struktur des kapitalistischen Imperialismus zu hinterfragen, im zweiten die prinzipielle Kritik einer Autonomie von Politik.

Beide Antworten ließen sich mit der von Wood vorgelegten allgemeinen Theorie kapitalistischer Staatsgewalt vereinbaren. Ihr gilt Staat – und sie meint damit eindeutig „Nationalstaat“ – als einzige nicht-ökonomische Institution, die für den Kapitalismus unverzichtbar ist (2003: 139). Für diese These spielt die sonst oft angeführte Autonomie des Staates gegenüber einzelkapitalistischen Interessen keine Rolle. Im Zentrum ihrer Staatsanalyse steht eine Konzeption der formalen Trennung des Politischen vom Ökonomischen, die den Staat befähigt, die Reproduktion kapitalistischer Eigentumsverhältnisse institutionell, rechtlich und notfalls mittels Einsatz von Staatsgewalt abzusichern. Zwar sei die ökonomische Reichweite des Kapitals heute größer als jemals zuvor, größer vor allem als seine territorial fixierte politische Form, nach wie vor aber sei kapitalistische Akkumulation auf einen Staat angewiesen, der – „at arms length“ agierend – jene administrative Ordnung schafft und jene ultimative Zwangsgewalt zur Verfügung stellt, die das Kapital braucht, selbst aber nicht hat (2003: 24). Damit richtet sie sich ausdrücklich auch gegen die kritische Umkehrung von dominanten Konzepten der „global governance“. Während deren sozialdemokratisch und neoliberal orientierte Befürworter/innen erwarten, dass transnationale Probleme mittels transnationaler Institutionen bewältigt werden können (vgl. zur Debatte Brand et al 2000), sehen viele Globalisierungskritiker sie als die verdichteten Zentren kapitalistischer Macht. Das, meint Wood, sei aber nicht nur theoretisch falsch, sondern auch politisch fatal. Denn damit werde verkannt, dass der Nationalstaat auch heute noch das wichtigste Terrain für kapitalismuskritische Opposition bilden müsse (2003: 137-143).

In dieser Einschätzung unterscheidet sie sich deutlich von Harvey, für den IWF, Weltbank und WTO zwar etwas „schattenhafte“, aber doch staatsähnliche Institutionen sind (2006: 159). Für Harvey ist ein formal besonderer Staat nicht etwa Strukturvoraussetzung kapitalistischer Akkumulation, wohl aber ein bürgerlicher Staat, „die favorisierte Bedingung für kapitalistische Aktivität“ (2005: 92). Diese Bedingungen werden aufgezählt: abgesicherte Marktinstitutionen und Vertragsregeln, Regulierungen, die Klassenkonflikte in Schach halten, Schlichtung zwischen verschiedenen Fraktionen des Kapitals, Sicherheit der Geldliquidität, eine Strukturierung von Außenbeziehungen, die Geschäftsaktivitäten förderlich sind (ebd.: 92f.). Die theoretische Konzeption einer formalen Trennung von außerökonomischer und ökonomischer Macht, wie sie von Wood vertreten wird, ist nicht dar-

unter. Harvey zufolge geht sie schon deshalb in die Irre, weil „wir überall von ‘public private partnerships’ und einer unglaublichen gegenseitig Durchdringung von Staat und Kapitalpraktiken umgeben sind“ (2006: 159).²⁷ Die Analyse des kapitalistischen Staates ist hier also auf die Benennung seiner Funktionen begrenzt. Von daher lässt sich dann auch leichter denken, dass Staatsmacht heute nur noch bedingt an den Territorialstaat gebunden ist.²⁸

Harvey kritisiert das Konzept der formalen Separation, betont seinerseits aber eine Differenz zwischen der „Logik des Territoriums“ und der „Logik des Kapitals“ (2005: 39ff.). Allerdings bezieht sich Harveys theoretisches Konzept des „spatio-temporal fix“ (früher benutzte er den Terminus „spatial-fix“) nicht etwa auf den Staat, vielmehr wird die „raum-zeitliche-Fixierung“ als ein zentrales Element der Logik des Kapitals ausgemacht. Es handelt sich um die räumliche Dimension von Konkurrenzprozessen (Harvey 1982; 1989; 2001; 2003). Dass Standortvorteile genutzt werden (müssen), wo immer sie sich bieten, ergibt sich aus der durchgängigen Tendenz zur Überakkumulation. Die Erschließung der Vorteile, die sich in neuen Räumen bieten, hat für Harvey theoretisch die selbe Bedeutung wie die Nutzung neuer Technologien (2003: 96). Es handelt sich also gewissermaßen um eine geographisch gewendete Theorie des Schumpeter’schen Pionierprofites. Damit ist auch schon deutlich, dass mit dem Hinweis auf räumliche Fixierung nicht etwa die Notwendigkeit zur Expansion beständiger Herrschaft gemeint ist, sondern, ganz im Gegenteil, die Notwendigkeit, eine ständige Mobilität des Kapitals im Raum zu ermöglichen (vgl. dazu auch Belina 2006: 59f.). Allerdings gibt es nicht nur politische, sondern auch „gewichtige“ kapitalistische „Hemmschuhe“ gegen den ständigen geographischen Wandel, denn viele Investitionen haben spezifische Infrastrukturen zur Voraussetzung, viele erfordern ein Beträchtliches an räumlich fixiertem konstan-

27 Auch Wood hat auf eine Analyse der Form des Staates verzichtet – dieser Einwand betrifft auch frühere Arbeiten (vgl. Barker 1997: Teil 6). Sie hat das Konzept der Trennung von außerökonomischer und ökonomischer Gewalt aber nicht mit einer Trennung von Sachbereichen gleichgesetzt. Worum es bei der Trennung von Staat und Gesellschaft genau genommen geht, hat der dezidiert antimarxistische Staatstheoretiker Ernst Forsthoff besonders klar formuliert. Sie ermöglichte eine Sozialordnung, „in der sich Ungleichheit und Freiheit angemessen vereinigen“ (1971: 21f.). Eben diese Möglichkeit stand im Zentrum der Kritik in der sog. Ableitungsdebatte.

28 Harvey erläutert die Loslösung der Reichweite staatlicher Regulierung vom Staatsterritorium aber nicht nur mit Bezug auf internationale Institutionen, sondern auch durch den Hinweis, dass sich auch ausländische Luftfahrtgesellschaften an Bestimmungen der US-Luftfahrtbehörde halten müssen, wenn sie mit ihren Maschinen die USA anfliegen wollen (2006: 162). In seine Argumentation fügt sich ohne weiteres ein, worauf Balibar hingewiesen hat: Grenzen, schreibt Balibar, sind heute zunehmend weniger mit jenen geographischen Begrenzungen identisch, die ihre große Zeit in der Herausbildung moderner Nationalstaaten hatten. Statt dessen sind Grenzen heute vielfach an geographischen Orten situiert, die vom Staatsterritorium weit entfernt sind. Ihre Zwecke sind höchst unterschiedlich, ihnen allen gemeinsam aber ist Abwehr: die Abwehr von Mikroben und Viren, von Waren und vor allem von Menschen, die nicht akzeptieren wollen, dass der Arbeitsmarkt nicht liberalisiert werden, sondern weiterhin national umgrenzt bleiben soll (Balibar 1997: 379).

tem Kapital (2003: 101). Dessen dauerhafte ökonomische Nutzung ist nicht nur ökonomischen, sondern auch politischen bis hin zu terroristischen Bedrohungen ausgesetzt, weshalb denn auch die „geographische Landschaft kapitalistischer Aktivität“ prinzipiell instabil bleibt (ebd.: 102). Dennoch sind Harvey zufolge zeitweise stabile geographische Konfigurationen möglich. Er bezeichnet sie als „Regionen“. Ihr Kennzeichen ist „ein gewisses Maß an strukturierter Geschlossenheit in Produktion, Distribution, Tausch und Konsum“ (ebd.: 103). Das wirft die von Harvey selbst formulierte Frage auf: „In welcher Beziehung steht diese sich herausbildende Regionalität, zu der es durch die in Raum und Zeit ablaufenden molekularen Prozesse der Kapitalakkumulation kommt, zur territorialen Logik der Macht, wie sie sich in der Politik des Staates und des Territoriums ausdrückt?“ (Ebd.: 105). Harvey zufolge haben die beiden Entwicklungsdynamiken nicht notwendig etwas miteinander zu tun.²⁹ Zwar gibt es Verknüpfungen und eine prinzipiell dialektische Beziehung zwischen der Logik des Staates und der Logik des Kapitals, dennoch handelt es sich nicht um eine Einheit. Das reicht weiter als die Annahme einer gewissen Autonomie. Vielmehr ähnelt Harveys Argumentationen jenen theoretischen Konzeptionen, die den Anspruch erheben, für überhistorische Analysen gültig zu sein. Die Besonderheit einer Epoche wird dann als die jeweilige Verbindung einer „Logik der Macht“ mit der spezifischen Logik der gerade herrschenden Produktionsweise erklärt (vgl. etwa Mann 1986). Und tatsächlich gibt es bei Harvey zwar eingehende Analysen aktueller imperialistischer Politik und theoretisch stringente Analysen der Kapitalverwertung, aber keine Diskussion über eine womöglich kapitalismusspezifische territoriale Logik. Wenn er schreibt, „Der Imperialismus kapitalistischer Prägung“ entstehe aus einer dialektischen Beziehung zwischen der territorialen und der kapitalistischen Logik der Macht (2003: 179), so kaschiert auch hier der Hinweis auf Dialektik – wie schon so oft in der Tradition marxistischer Theorieproduktion – den Verzicht auf eine präzise Analyse der Beziehungen.

Für seine konkreten Analysen spielt die These von der unterschiedlichen Logik territorialer und kapitalistischer Macht allerdings keine Rolle.³⁰ Das gilt auch für die Analyse der jüngsten historischen Entwicklung, die er als „neuen Imperialismus“ kennzeichnet (2003). Im Zentrum stehen die Ursachen der neoliberalen Hegemonie der USA in der Zeit von 1970 bis 2000 und die „ernsthaften Schwierigkeiten“, in welche diese Hegemonie neuerdings geraten ist (ebd.: 73). Von den USA ausgehend und durch die Politik des IWF nachdrücklich befördert,

29 Harvey bezieht sich für sein Konzept der unterschiedlichen Logik ausdrücklich auf Arrighi (1994). In seiner Besprechung des Buches von Harvey weist dieser allerdings darauf hin, dass sich in seiner eigenen Argumentation sowohl territoriale als auch kapitalistische Logik auf staatliche Politik beziehen. Anders als Harvey unterstelle er selbst auch nicht, dass alle Marktprozesse von einer kapitalistischen Logik angetrieben seien (Arrighi 2005: 28, Anm. 15).

30 Darauf wurde schon mehrfach verwiesen, vgl. z.B. Wood (2006: 23f.), Brenner (2006: 80).

habe sich das Modell des „neoliberalen Staates“, also eines Staates, der Kapitalverwertung fördert, in der Welt verbreitet. Staaten, die dem nicht entsprechen, werden als „Schurkenstaaten“ oder „*failed states*“ charakterisiert (ebd.: 180). Ökonomisch läuft Neoliberalismus Harvey zufolge auf Akkumulation durch Enteignung hinaus. Er versteht dieses Konzept als Fortsetzung und teilweise Revision des Marx'schen Konzeptes der „ursprünglichen Akkumulation“. Während Marx ursprüngliche Akkumulation als Voraussetzung des Kapitalismus verstanden habe, sei dessen fortdauernde und in der jüngsten Phase der kapitalistischen Entwicklung verstärkte Bedeutung hervorzuheben. Akkumulation durch Enteignung finde vor allem, aber nicht ausschließlich, in den Peripherien statt. Kritiker/innen haben völlig zu Recht betont (vgl. etwa Brenner 2006: 99ff.; Fine 2006: 143-147), dass es sich bei diesem Konzept nicht um eine Anknüpfung an die Marx'sche Analyse handelt, weil dieser die Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln und damit ihre Unterwerfung unter die Gesetze des Marktes als „ursprüngliche Akkumulation“ bezeichnete, während Harvey auch Prozesse der rigorosen Umverteilung in einem bereits etablierten kapitalistischen System darunter fassen will. Warum, fragt Brenner (2006: 101), sollten wir die „normalen kapitalistischen Prozesse der Akkumulation“ als Akkumulation durch Enteignung bezeichnen? In seiner Antwort hat Harvey Konzeption und Terminologie mit dem Hinweis verteidigt, dass der Terminus „*primitive accumulation*“ nur von Menschen verstanden werde, die Marx kennen, während sich „alle aufsetzen und zuhören“, wenn von „*accumulation by dispossession*“ die Rede sei, vor allem wenn er dann auf die Gefährdung von Rentenansprüchen und medizinischer Versorgung oder auf die Privatisierung des Wassers verweise (2006: 165). So liebenswert dieser Hinweis auf Vermittlungserfordernisse auch ist, er reicht nicht hin, um zu rechtfertigen, dass nahezu alle Prozesse aktueller Umverteilung als Akkumulation durch Enteignung gekennzeichnet werden. Denn immerhin gibt Harvey „Akkumulation durch Enteignung“ als zentrales Merkmal des „neuen Imperialismus“ aus. Durch solchen Vorbehalt ist seine These, dass die gegenwärtige Phase des Kapitalismus in besonderem Maße durch „kannibalistische und räuberische Praktiken“ geprägt sei (2006: 158), allerdings noch nicht widerlegt. Nur findet sich ihr schlüssiger Nachweis nicht in Harveys Theorie des neuen Imperialismus.³¹

Die politische Form des Kapitalismus. Alte und neue Fragen

Die zu Beginn dieses Beitrags erläuterte theoretische Praxis, die Analyse des Staates vor allem als eine Analyse des „Staates im“ zu verstehen, hat sich bis in die Gegenwart fortgesetzt. Nur dass heute nicht mehr die Besonderheiten des Staates „im Kapitalismus“ den Besonderheiten des Staates „im Absolutismus“ gegenübergestellt werden, sondern statt dessen angestrebt wird, den Staat „in der Phase des Neoliberalismus“, „im Postfordismus“, in der Ära des „neu-

31 Anregungen für eine Wiederaufnahme der Diskussion bei Mahnkopf (2006).

en Imperialismus“ zu bestimmen. Dennoch hat es wesentliche analytische Fortschritte gegeben. Sie betreffen nicht nur den empirischen Gehalt der Auseinandersetzungen mit dem Verhältnis von Politik und Ökonomie, sondern vor allem die Bemühungen, das Verhältnis zwischen nationaler Staatsgewalt und globalem kapitalistischem Verwertungsraum theoretisch zu erfassen. Auf der Strecke geblieben ist dagegen die Frage nach der politischen Form. Von wenigen Ausnahmen abgesehen (vgl. insbes. Hirsch 2005: Kap.1.2; Holloway 2002: Kap.4), wird sie heute entweder gar nicht gestellt oder aber als Separation von Sachbereichen verstanden bzw. auf die für die Reproduktion des Kapitals nützlichen Funktionen des Staates reduziert. Recht spielt in solchen Konzeptionen zwar insoweit eine Rolle, als es zur Absicherung von Eigentum und zur formalen Regulierung der Restrukturierung von Eigentum dient, in wieweit sich in der Allgemeinheit von Recht die formale Separation des Politischen von der Ökonomie manifestiert, steht dagegen nicht mehr zur Debatte, seit die Beteiligten an internationalen kapitalismuskritischen Theories Diskussionen die sogenannte Ableitungsdebatte auf einem der hinteren Regale abgelegt haben. Wird jedoch die Widerständigkeit der damaligen Debatte gegenüber ihrer Übersetzung in empirische Forschungen vorschnell mit der Irrelevanz ihrer theoretischen Fragestellungen ineins gesetzt, so steht die kritische Staatsanalyse in der Gefahr, auf Deskription beschränkt zu bleiben.

Notwendiger Ausgangspunkt für eine erneute Diskussion über die politische Form des Kapitalismus ist die Kritik der historischen Bornierung der Ableitungsdebatte. Gestritten wurde zwar über die politische Form „des Kapitalismus“, stillschweigend vorausgesetzt wurde aber, dass es darum gehe, den bürgerlichen Staat als politische Form des Kapitalismus zu erklären. Diese stillschweigende Voraussetzung ist heute nicht mehr möglich. Jede neue Debatte über die politische Form des Kapitalismus muss sich nicht nur damit auseinandersetzen, dass es inzwischen weltweit zu Prozessen der Privatisierung zuvor theoretisch als selbstverständlich angesehener staatlicher Funktionen – bis hin zum privaten Betrieb von Gefängnissen und zum privaten Angebot von Militärdienstleistungen – gekommen ist. Noch einmal zu diskutieren wäre auch die These, dass die wichtigste Funktion des Staates für den Erhalt bestehender Verhältnisse in seiner politischen Form gegeben ist, weil die Gleichheit vor dem Gesetz die politische Integration der lohnabhängigen Bevölkerung erlaubt. Hat sich seither doch gezeigt, dass das Erfordernis der politischen Integration ganz erheblich an Bedeutung verlieren kann, wenn sich Arbeitskräfte der disziplinierenden Wirkung von Konkurrenz auf internationalisierten Arbeitsmärkten ausgesetzt sehen.³² Ferner wäre systematisch zur Kenntnis zu nehmen, dass ein wachsender Anteil der Regulierung von Streitfällen im inter-

32 Formal sind Arbeitsmärkte weiterhin nationalstaatliche reguliert. Faktisch konkurrieren Arbeitskräfte aufgrund von Auslagerungen, von regulärer und irregulärer Migration.

nationalen Warenverkehr heute außerhalb staatlicher Justizapparate durch private Schiedsgerichte erledigt wird, vor allem aber, dass inzwischen zahlreiche Regierungen Teile nationalstaatlicher Souveränität international vermarkten. Indem sie Nicht-Staatsbürgern besondere Bedingungen anbieten, verzichten sie auf die Allgemeinheit des Gesetzes im nationalen Rahmen.³³ Diese Kreation unterschiedlicher Rechtsräume in ein und demselben Nationalstaat hat die allgemeine Form des kapitalistischen Staates an den Rändern gewissermaßen ausgefranst. Sie schafft faktisch Rechtsräume, in denen sich „Kapitalismus pur“ entfalten kann. Solche Fragmentierung der Souveränität (Picciotto 1999) ist nicht mit jener vielfach konstatierten Fragmentierung nationaler Souveränität gleichzusetzen, welche durch die Übertragung bestimmter Kompetenzen auf internationale Institutionen zustande kommt.

Theoretisch noch sehr viel bedeutsamer als all diese hier aufgeführten Veränderungen ist jedoch, dass es heute nicht mehr nur kapitalistische Staaten gibt, die als Variationen ein und derselben grundlegenden Struktur verstanden werden können. Im Zentrum einer erneuten Diskussion über die politische Form des Kapitalismus müsste deshalb die Frage stehen, ob die These von der Öffentlichkeit der Staatsgewalt im Kapitalismus allgemeine Gültigkeit beanspruchen kann. Ganz offensichtlich „herrscht“ Kapitalismus heute ja auch in Ländern, in denen „Staat“ als Apparat zur privaten Aneignung fungiert und eine Trennung zwischen Staat und Gesellschaft trotz gewisser formaler Übereinstimmungen mit anderen kapitalistischen Staaten kaum auszumachen ist. Durch die Integration von Kriminalität in die Routinen der Staatstätigkeit – wie sie etwa von Bayart/Ellis/Hibou (1999) für manche afrikanische Gesellschaften diagnostiziert wird – kann Staatsgewalt in einem derart radikalen Sinne privatisiert werden, dass ihr öffentlicher Charakter bestenfalls als Chimäre fortbesteht. Im Zusammenhang der ersten Formdebatte wären solche Diagnosen als Hinweise auf frühe Stadien der Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse beiseite geschoben worden. Derartige Strukturen sind aber, wie gering ausgebildet die lokale kapitalistische Produktion auch immer sein mag, integrale Elemente globalisierter Märkte. Sie funktionieren auf der Höhe aktueller Entwicklungen des Kapitalismus.

Vielleicht ist es nachgerade an der Zeit, die Möglichkeit unterschiedlicher politischer Formen des Kapitalismus systematisch in Betracht zu ziehen. Um der Gefahr vorzubeugen, dass sich eine derartige Diskussion auf Deskription beschränkt, könnte es hilfreich sein, die Fragen, die in der ersten Diskussion über die Form des kapitalistischen Staates formuliert wurden, noch einmal zu Rate zu ziehen.

33 Eine besondere Version dieser Herstellung unterschiedlicher Rechtsräume innerhalb eines Nationalstaates ist in China entwickelt worden. Deng Xiaoping hat sie als das politische Prinzip „Ein Land- zwei Systeme“ bezeichnet.

Literatur

- Altvater, Elmar (1972): Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus; in: *Probleme des Klassenkampfes*, Nr. 3, S.1-55.
- Altvater, Elmar (1998): Ort und Zeit des Politischen unter den Bedingungen ökonomischer Globalisierung; in: Dirk Messner (Hg.), *Die Zukunft des Staates*, (Dietz), Bonn, S.74-99.
- Andrews, Kenneth R. (1984): *Trade, Plunder and Settlement*, (Cambridge Univ. Press) Cambridge.
- Arrighi, Giovanni (2005): Hegemony Unravelling, in: *The New Left Review*, März/April 2005, S.23- 80; Mai/Juni 2005, S.83-116.
- Bairoch, Paul (1971): *Le Tiers Monde dans l'impasse*, (Gallimard) Paris.
- Balibar, Etienne (1997): *La crainte des masses*, (Éditions Gallilée) Paris.
- Balakrishnan, Geopal (2004): The Age of Warring States, in: *New Left Review*, Bd. 26, S.148-160.
- Barker, Colin (1997): Some reflections on two books by Ellen Wood, in: *Historical Materialism*, Nr. 1 (1997) S.22-65.
- Bayart, Jean-François; Ellis, Stephen; Hibou, Béatrice (1999): *The Criminalization of the State in Africa*, (African Institute & Indiana Univ. Press) Bloomington, Indiana.
- Belina, Bernd (2006): *Raum, Überwachung Kontrolle. Vom staatlichen Zugriff auf städtische Bevölkerung*, (Westf. Dampfboot) Münster.
- Blanke, Bernhard; Jügens, Ulrich; Kastendiek, Hans (1974): Zur neueren marxistischen Diskussion über die Analyse von Form und Funktion des bürgerlichen Staates; in: *Probleme des Klassenkampfes*, Nr. 14/15, S.51-104.
- Bensaïd, Daniel (2005): On a recent book by John Holloway; in: *Historical Materialism*, Bd. 13:4, S.169-192.
- Bieling, Hans-Jürgen (2005): Die Europäische Union: eine neue Supermacht mit imperialen Ambitionen; in: PROKLA 139, 35. Jg., S.247-266.
- Brand, Ulrich et al. (2000): *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?* (Westfälisches Dampfboot) Münster.
- Braunmühl, Claudia von (1974): Kapitalakkumulation im Weltmarktzusammenhang. Zum methodischen Ansatz einer Analyse des bürgerlichen Nationalstaats; in: *Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie* 1, (Suhrkamp) Frankfurt/M, S.30-51.
- Braunmühl, Claudia von (1976): Die nationalstaatliche Organisiertheit der bürgerlichen Gesellschaft. Ansatz zu einer historischen und systematischen Untersuchung; in: *Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie* 8/9 (Suhrkamp) Frankfurt/M, S.273-334.
- Brenner, Robert (1972): The social basis of English commercial expansion, 1550-1650; in: *The journal of economic history*; Nr. 1, S.361-384.
- Brenner Robert (1977): The Origins of Capitalist Development: a critique of Neo-Smithian Marxism; in: *New Left Review*, Nr. 104, 25-92.
- Brenner, Robert (1983): Das Weltsystem: Theoretische und historische Perspektiven; in: Jochen Blaschke (Hg.), *Materialien zu Immanuel Wallerstein. „Das moderne Weltsystem“*, (Campus) Frankfurt/M, S.80-111.
- Brenner, Robert (1987): Merchants and revolution: commercial change and political conflict in the London merchant community 1550-1653 (Princeton Univ. Press) Princeton 1993.
- Brenner, Robert (2006): What Is, and What Is Not, Imperialism? in: *Historical Materialism*, Bd. 14:4, S. 79-106.
- Cammack, Paul (2003): The Governance of Global Capitalism: A New Materialist Perspective; in: *Historical Materialism*, Bd. 11:2, S.37-59.
- Chabal, Patrick; Daloz, Jean-Pascal (1999): *Africa Works. Disorder as political instrument* (James Curry & Indiana Univ. Press) Oxford & Bloomington & Indianapolis.
- Esser, Josef (1975): *Einführung in die materialistische Staatsanalyse*, (campus) Frankfurt/M.
- Flatow, Sybille von; Huiskens, Freerk (1973): Zum Problem der Ableitung des bürgerlichen Staates; in: *Probleme des Klassenkampfes*, Nr. 7, S.83-153.
- Forstthoff, Ernst (1971): *Der Staat der Industriegesellschaft: dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland*, (Beck) München.

- Gerstenberger, Heide; Welke, Ulrich (2005): Wie nationale Souveränität zu Märkten getragen wird, in: PROKLA 139, 35. Jg. S.225-245.
- Gerstenberger, Heide (1990): *Die subjektlose Gewalt. Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt*, (Westfälisches Dampfboot) Münster 2006.
- Giddens, Anthony (1985): *The Nation-State and Violence. Volume two of a contemporary critique of historical materialism*, (Polity Press) Cambridge.
- Giraud, Pierre-Noël (1996): *L'inégalité du monde*, (Gallimard) Paris.
- Green, Peter (2002): 'The Passage from Imperialism to Empire': A Commentary on *Empire* by Michael Hardt and Antonio Negri, in: *Historical Materialism*, Bd.10.1, S.29-77.
- Grottian, Peter (1974): *Strukturprobleme staatlicher Planung*, (Hoffmann & Campe) Hamburg.
- Grottian, Peter; Murswiek, Axel (Hg.) (1974): *Handlungsspielräume der Staatsadministration*, (Hoffmann & Campe) Hamburg.
- Habermas, Jürgen (1962): *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, (suhrkamp) Frankfurt/M 1990.
- Hardt, Michael; Negri, Antonio (2000): *Empire*, (Harvard Univ. Press) Cambridge, Mass.
- Harvey, David (1982): *The Limits to Capital*, (Basil Blackwell) Oxford.
- Harvey, David (1989): *The Urban Experience*, (John Hopkins Univ. Press) Baltimore.
- Harvey, David (2001): *Spaces of Capital: Towards a Critical Geography*, (Routledge) New York.
- Harvey, David (2003): *Der neue Imperialismus*, (VSA) Hamburg 2005.
- Haug, Wolfgang Fritz (2006): Imperium oder Imperialismus, in: *Das Argument* 267, S.512-521.
- Hein, Wolfgang; Stenzel, Konrad & Girking, Sherry & Junne, Gerd (1973): *The state in dependent societies; Kapitalistate* Nr. 2, 31-52.
- Hirsch, Joachim (1980): *Der Sicherheitsstaat. Das „Modell Deutschland“, seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen*, (Europ. Verlagsanstalt) Frankfurt/M.
- Hirsch, Joachim (1992): Regulation, Staat und Hegemonie, in: Alex Demirovic et al. (Hg.), *Hegemonie und Staat*, (Westfälisches Dampfboot), Münster, S.203-231.
- Hirsch, Joachim (1994): Politische Form, politische Institutionen und Staat, in: Josef Esser et al. (Hg.), *Politik, Institutionen und Staat*; (VSA) Hamburg.
- Hirsch, Joachim (1998): *Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat*, (ID Verlag), Berlin.
- Hirsch, Joachim (2003): Macht und Anti-Macht. Zu John Holloways Buch „Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen“, in: *Das Argument* 299, 45. Jg. S.34-40.
- Hirsch, Joachim (2005): *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*, (VSA) Hamburg.
- Hirschman, Albert O. (1977): *Leidenschaften und Interessen. Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg*, Frankfurt/M.
- Hübner, Kurt (1990): *Theorie der Regulation*, (WZB) Berlin.
- Holloway, John; Picciotto, Sol (Hg.), (1978): *State and Capital. A Marxist Debate*, (Edward Arnold) London.
- Holloway, John (2002): *Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen*, (Westfälisches Dampfboot) Münster.
- Holloway, John (2005): No, in: *Historical Materialism*, Bd. 13;4, S.265-284.
- Hurtienne, Thomas, (1974) Zur Ideologiekritik der lateinamerikanischen Theorien der Unterentwicklung und Abhängigkeit, in: *Probleme des Klassenkampfes* 14/15, 213-282.
- Jessop, Bob (1982): *The Capitalist State*, (Martin Robertson & C.) Oxford.
- Jessop, Bob (2002): *The Future of the Capitalist State*, (Polity Press) Cambridge, GB.
- Junne, Gerd; Nour, Salua (1974): *Internationale Abhängigkeiten: Fremdbestimmung und Ausbeutung als Regelfall internationaler Beziehungen*, (Fischer/Athenäum) Frankfurt/M.
- Kößler, Reinhard (1994): *Postkoloniale Staaten. Elemente eines Bezugsrahmens*, Deutsches Übersetzungs-Institut) Hamburg.
- Läpple, Dieter (1973): *Staat und allgemeine Produktionsbedingungen*, (VSA) Westberlin.
- Mann, Michael (1986 und 1993): *The Sources of Power*, 2 Bde. (Cambridge Univ. Press) Cambridge.
- Lenin, W.I. (1917): Staat und Revolution, *Lenin Werke* Bd. 25, (Berlin) 393-507.
- Lipietz, Alain (1992) Allgemeine und konjunkturelle Merkmale der ökonomischen Staatsintervention, in: Alex Demirovic et al., (Hg.), *Hegemonie und Staat*, (Westfälisches Dampfboot), Münster.
- Marx, Karl (1867-94): *Das Kapital, Marx-Engels-Werke* Bd. 23-25.

- Mahnkopf, Birgit (Hg.) (1988): *Der gewendete Kapitalismus*, (Westfälisches Dampfboot) Münster.
- Mahnkopf, Birgit (2006): Globalisierung. Armut und Gewalt; in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 7, S.821-827.
- Miliband, Ralph (1969): *Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft* (Suhrkamp Verlag) Frankfurt/M. 1972.
- Müller, Wolfgang; Neusüss, Christel (1970): Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital; in: *Sozialistische Politik*, Nr. 6/7, S.4ff.
- Münkler, Herfried (2005): *Imperien: Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*, (Rowohlt) Berlin.
- Neusüss, Christel (1972): *Imperialismus und Weltmarktbeziehung des Kapitals*, (Politladen Verlag) Erlangen.
- Offe, Claus (1972): *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, (suhrkamp) Frankfurt/M.
- Offe, Claus (1975): *Berufsbildungsreform: Eine Fallstudie über Reformpolitik*, (suhrkamp) Frankfurt/M.
- Paschukanis, Eugen (1929): *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus*. Archiv sozialistischer Literatur 3 (Verlag neue Kritik) Frankfurt/M 1970.
- Piciotto, Sol (1999): The State as Legal Fiction; in: Mark P. Hampton; J. P. Abbot, (Hg.), *Offshore Finance Centres and Tax Havens*, (Macmillan) Houndsmill.
- Polanyi, Karl (1944): *The Great Transformation*, (suhrkamp) Frankfurt/M 1978.
- Poulantzas, Nicos (1977): *Staatstheorie*, (VSA) Hamburg 1978.
- Poulantzas, Nicos (1968): *Politique et Classes Sociales*, (Maspero) Paris.
- Reinhard, Wolfgang (1999): *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*, (C.H. Beck) München.
- Reuten, Geert; Williams, Michael (1989): *Value Form and the State*, (Routledge) London.
- Ronge, Volker (1977): Horizontale Differenzierung in den Strukturen des Politikformulierungsprozesses; in: *Handbuch 5: Staat*, hg. von Jürgen Hoffmann; Ulrich Jürgens; Willi Semmler, (Europäische Verlagsanstalt) Frankfurt/M, S.182-214.
- Rosenberg, Justin (1994): *The Empire of Civil Society. A Critique of the Realist Theory of International Relations*, (Verso) London & New York.
- Teschke, Benno (2003): *The Myth of 1648. Class, geopolitics and the making of modern international relations*, (Verso) London .
- Teschke, Benno (2005): Bürgerliche Revolution, Staatsbildung und die Abwesenheit des Internationalen; in: *PROKLA* 141, S.575-600.
- Teschke, Benno (2006a): Imperial doxa from the Berlin republic; in: *New Left Review* 39, S.128-140.
- Teschke, Benno (2006b): Debating 'The Myth of 1648': State Formation, the Interstate System and the Emergence of Capitalism in Europe – A Rejoinder; in: *International Politics*, Bd. 43, 531-573.
- Tilly, Charles (1992): *Coercion, Capital, and European States AD 990-1992*, (Blackwell) Malden, Mass & Oxford.
- Wallerstein, Immanuel (1974): *The Modern World-System. Capitalist agriculture and the origins of the European world-economy in the sixteenth century*, (Academic Press, Inc.) New York.
- Wallerstein, Immanuel (1980): *The Modern World System II. Mercantilism and the consolidation of the European world-economy 1600-1750*, (Academic Press Inc.) New York.
- Wallerstein, Immanuel (1984): *Der historische Kapitalismus*, Berlin.
- Wirth, Margaret (1972): *Kapitalismustheorie in der DDR*, (Suhrkamp) Frankfurt/M.
- Wolfrum, Edgar (2006): *Die geglückte Demokratie*, (Klett-Cotta) Stuttgart.
- Wood, Ellen Meiksins (1991): *The Pristine Culture of Capitalism: A Historical Essay on Old Regimes and Modern States* (Verso) London.
- Wood, Ellen Meiksins (1999): *The Origin of Capitalism. A longer view*, (Verso) London 2002.
- Wood, Ellen Meiksins (2003): *Empire of Capital*, (Verso) London.
- Wood, Ellen Meiksins (2006): Logics of Power: A Conversation with David Harvey; in: *Historical Materialism*, Bd.14:4, 9-34.